

Die Bürgerversicherung ist ein Modell gegen die Zwei-Klassen-Medizin

Mehr Qualität und weniger Diskriminierung

Sollte in Deutschland demnächst eine Große, ja selbst eine schwarz-grüne Koalition regieren, ist die Neuordnung der Krankenversicherungslandschaft ein zentrales Thema. Die SPD macht sich für die Bürgerversicherung stark, um eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung sicherzustellen. Der Jurist und SPD-Bundestagsabgeordnete Edgar Franke beantwortet einige Fragen dazu.

Warum möchte die SPD die Bürgerversicherung?

Die SPD will gegen eine zunehmende Zwei-Klassen-Medizin vorgehen, deren Hauptursache darin liegt, dass die ambulante Versorgung von gesetzlich und privat Krankenversicherten unterschiedlich vergütet wird. Dies setzt falsche Anreize, die im gesamten System zu Fehlentwicklungen führen. Mit der Bürgerversicherung gibt es nur noch ein Versicherungssystem mit einer einheitlichen Honorarordnung für alle Bürger, und die Bevorzugung von Privatversicherten wird beendet. Auch verhindert sie einen massiven Kostenanstieg für Gesetzlich- und Privatversicherte.

Welche Veränderungen brächte die Bürgerversicherung konkret für die Versicherten mit sich?

Aufgrund der einheitlichen Honorarordnung wären Versicherte gegenüber den Leistungser-

bringern statusneutral. Gesetzlich Versicherte müssten also keine Diskriminierungen wie längere Wartezeiten oder Nachteile bei der medizinischen Behandlung mehr hinnehmen. Allein die Krankheit wäre künftig ausschlaggebend dafür, wie und wann jemand behandelt wird. So werden auch die Privatversicherten vor einem massiven Beitragsanstieg geschützt, weil es keine überhöhte Abrechnung für Behandlungen mehr gäbe.

Wie stellt die Bürgerversicherung eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung sicher?

Wir unterstützen Forderungen nach einem Qualitätswettbewerb. Wir setzen uns dafür ein, dass Qualitätsmessung und Qualitätssicherung weiterentwickelt werden. Patienten sind optimal, nicht maximal zu versorgen. Nicht die Menge der Leistungen, sondern ihre Qualität



Edgar Franke,
SPD-Bundestags-
abgeordneter

→ Fortsetzung Seite 2 unten

Liebe Leserin, lieber Leser!

Der zurückliegende Wahlkampf hat Maßstäbe gesetzt, wenn auch im Negativen. Was Gegenstand hätte sein müssen, blieb draußen vor: Energiewende, Elektromobilität, Europapolitik und nicht zuletzt die Bürgerversicherung. Woran die Zukunft einer modernen Industriegesellschaft hängt, drängten groteske Debatten um die Halskette der Amtsinhaberin und den gestreckten Mittelfinger des Herausforderers in den Hintergrund. Den demokratischen Sinn und die Zweckmäßigkeit einer Bürgerversicherung für eine leistungsstarke Gesundheitswirtschaft erläutert Dr. Edgar Franke, Mitglied des Bundestags, in unserem Interview. Ein Thema brachte die Opposition mit Hilfe der Gewerkschaften durch: die fällige Neuordnung des Arbeitsmarktes. Unumgänglich dabei –

neben dem gesetzlichen Mindestlohn – die tariflichen Standards. Diese wollen sich die Beschäftigten von General Electric und Schnorrenberg Chirurgiemechnik nicht länger vorenthalten lassen, wie in dieser Ausgabe zu lesen ist. Viel Vergnügen dabei wünscht die Redaktion.

Jetzt online Mitglied werden!

Die IG Metall ist eine starke Gemeinschaft. Sie unterstützt Mitglieder und bietet ihnen Rückhalt.

➤ www.igmetall.de „Beitreten“ auf der Homepage anklicken: Mitglied werden in drei Schritten.

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler
Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt/Main
Redaktion: Peter Kern, Text und Layout: WAHLE & WOLF

Umfrage zeigt Handlungsbedarf im Gesundheitssystem

Verbraucher wollen gerechtes Gesundheitswesen

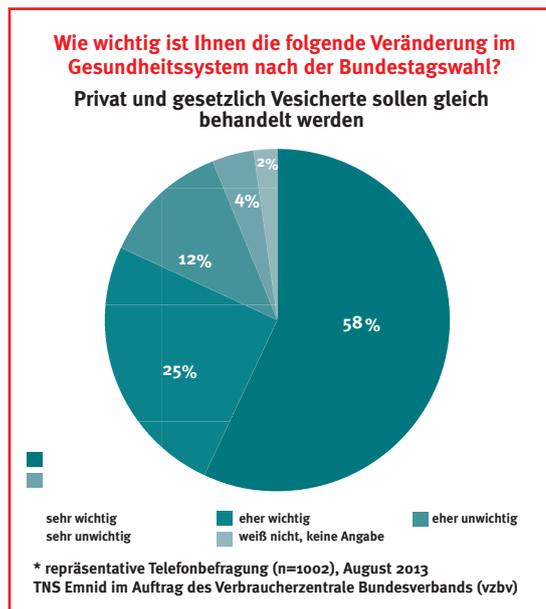
Die Deutschen wünschen sich mehr Gerechtigkeit und Solidarität im Gesundheitswesen. Das zeigte eine noch vor der Bundestagswahl durchgeführte repräsentative Umfrage von TNS Emnid im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv).

Besonders wichtig ist den befragten Verbrauchern die Gleichbehandlung zwischen privat und gesetzlich Versicherten. Sie wünschen sich mehr Solidarität. Das Nebeneinander von gesetzlicher Krankenversicherung, in der rund 90 Prozent der deutschen Bevölkerung versichert sind, und privater Versicherung sowie die Bedingungen des Systemwettbewerbs sehen sie überwiegend kritisch. So antworteten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen folgende Veränderung im Gesundheitssystem nach der Bundestagswahl: Sollen privat und gesetzlich Versicherte gleich behandelt werden?“ 58 Prozent der Befragten mit „sehr wichtig“ und 25 Prozent mit „wichtig“.

Vorteile eines integrierten Krankenversicherungsmarkts

Auch der vzbv spricht sich für eine stärkere Angleichung der Systeme aus. In einem integrierten Krankenversicherungsmarkt stünden alle Anbieter von Krankenversicherungen bei gleichen gesetzlichen Rahmenbedingungen im Wettbewerb, so vzbv-Vorstand Gerd Billen. Und alle Versicherten hätten umfassende Wahl- und Wechselmöglichkeiten. „Die Gesundheitspolitik muss in der kommenden Legislaturperiode eine Richtungsentscheidung für die Integration von gesetzlicher und privater Krankenversicherung treffen, damit alle Akteure wissen, wohin die Reise geht“, so Billen. Ebenfalls wichtig ist den Befragten (81 Prozent), dass die Ärztehonore gerechter verteilt werden.

Auch der vzbv ist dafür. Er fordert, in der nächsten Legislaturperiode die Honorar- und Vergütungssysteme so anzupassen, dass Bedarfsorientierung, gute Versorgungsqualität und Kooperationen – zum Beispiel zwischen ambulanter und stationärer Versorgung – belohnt werden. Ferner wünscht sich jeder zehnte Verbraucher nach der vzbv-Umfrage eine bessere Beratung bei individuellen Gesundheitsleistungen, die er selbst bezahlen muss. Da nur die wenigsten dieser Leistungen auch tatsächlich notwendig sind, verlangt der vzbv von der kommenden Bundesregierung Klarstellungen und Schutzvorkehrungen.



Insgesamt 83 Prozent der Befragten halten die Gleichbehandlung von privat und gesetzlich Versicherten für ein wichtiges bzw. sehr wichtiges politisches Ziel.

(Fortsetzung von Seite 1)

muss sich wirtschaftlich lohnen. Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Qualität der Behandlung besser messbar ist und sie damit in die Vergütungssystematiken einfließen kann. **Was kann das für die Medizintechnik in Deutschland bedeuten?** Mit der Bürgerversicherung würden sich die Einnahmesituation und somit auch die Leistungs-

fähigkeit im Gesundheitssystem verbessern. Die gesetzliche Krankenversicherung könnte so besser innovative Medizinprodukte für ihre Versicherten zur Verfügung stellen. Die Bürgerversicherung würde die Innovationskraft der medizintechnischen Qualitätsstandards und die Forschung verbessern. Wir wollen echte Innovationen, die dem Patienten auch wirklich nutzen.

General Electric Healthcare

Einheitliche Arbeitsbedingungen per Tarif

Bei der Eingliederung des GE Healthcare Bereichs Klinische Systeme und IT-Lösungen in Freiburg 2010 in die GE Healthcare GmbH in Solingen konnte die IG Metall die Arbeitsbedingungen der meisten Umzügler aus dem Schwarzwald sichern. Jetzt geht es ihr darum, mit einem Tarifvertrag auch die Arbeitsbedingungen derjenigen, die vorher schon in Solingen beschäftigt waren, an die besseren Konditionen der ehemaligen Freiburger GE-Beschäftigten anzupassen.

Besser arbeiten mit Tarif: Von dieser Erfahrung zehren die ehemaligen Freiburger Beschäftigten im GE Healthcare Service Center in Solingen bis heute. Zwar ist ihr jetziger Arbeitgeber nicht tarifgebunden. Aber die IG Metall hatte für die „Übergänger“ aus Freiburg durchsetzen können, dass die Regelungen des Flächentarifvertrags der Metall- und Elektroindustrie Südbaden für sie weiterhin gelten und Bestandteil ihres neuen Arbeitsvertrags am Standort Solingen sind. Lediglich die Anpassungsdynamik an die tariflichen Entgelterhöhungen konnte sie nicht herüberretten.

Inzwischen hat sich in der Belegschaft der GE Healthcare GmbH in Solingen herumgesprochen, dass die Arbeitsbedingungen an diesem Standort völlig unterschiedlich geregelt sind. Das gilt insbesondere für die Außendienstler. Teilweise unterscheiden sich die Monatseinkommen der ehemals tarifgebundenen Ex-Freiburger von denen der anderen Solinger Beschäftigten um bis zu 30 Prozent. Das macht viele, die von der früheren Tarifbindung nicht profitieren, sauer. Deshalb organisieren sich immer mehr von ihnen in der IG Metall.

Noch bis vor kurzem war bei den Außendienstleistern am Standort Solingen arbeitsvertraglich geregelt, dass Überstunden und Mehrarbeit durch das monatliche Entgelt abgegolten sind. Gemeinsam mit der IG Metall setzten sie inzwischen durch, dass diese nun – wie bei den ehemaligen Beschäftigten aus Freiburg – extra vergütet werden müssen. „Dies war ein Riesenerfolg, der die Kolleginnen und Kollegen im Außendienst dazu motiviert hat, nun gemeinsam einen Tarifvertrag zu fordern. In diesem sollen jetzt die Arbeitsbedingungen aller Außendienstler am Standort Solingen einheitlich geregelt werden“, sagt Marco Sprengler, zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Freiburg. „Aber dies ist nur der erste Schritt. Unser Ziel ist ein einheitlicher Tarifvertrag für alle Beschäftigten der GE Healthcare GmbH.“



Warnstreik der IG Metall am Standort GE Medical Systems IT in Freiburg im Juli 2010 gegen den Austritt des Unternehmens aus dem Arbeitgeberverband

Schnorrenberg Chirurgiemechnik

Für faires Entgelt

Die IG Metall-Mitglieder im Betriebsrat des Brandenburger Medizintechnik-Dienstleistungsunternehmens setzen sich dafür ein, dass die rund 175 Beschäftigten künftig fair bezahlt werden. Ihr Ziel ist ein Haustarifvertrag.

„Wir haben hier eine Sondersituation“, sagt Andy Losch, Betriebsratsvorsitzender bei Schnorrenberg in Schönwalde. Das nördlich von Berlin angesiedelte Unternehmen ist einer der größten Arbeitgeber in der Region, aber nicht tarifgebunden. „Wir sind weit weg von den Ballungszentren der Branche. Ein Lohnvergleich mit Medizintechnik-Dienstleistern in anderen Regionen

Deutschlands ist sehr ernüchternd. Da war der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen beim Medizintechnik-Branchenseminar der IG Metall in Wetzlar recht aufschlussreich“, so Losch. Für heftige Auseinandersetzungen im Betrieb hatte vor einigen Wochen ein Lidl-Prospekt gesorgt, der anonym von einem Beschäftigten am Infopunkt ausgehängt worden war. Darin stand,

→ Fortsetzung Seite 4 unten

Maquet Rastatt

Weniger Ausbildungsplätze

Trotz guter Zukunftsaussichten streicht der Anbieter von medizinischen Systemen seine Ausbildungsplätze im gewerblichen Bereich. Damit bringt er sich um sein Zukunftspotenzial, kritisiert der Betriebsrat.

In den vergangenen Jahren bildete Maquet noch stets 14 bis 16 Auszubildende im gewerblich-fachlichen Bereich aus. In diesem Jahr hat das Unternehmen die Zahl der Auszubildenden mit diesem Schwerpunkt auf fünf reduziert. Damit trifft es auf Unverständnis beim Betriebsrat. „Während andere Firmen mit Blick auf den Facharbeitermangel ihre Ausbildungsanstrengungen erhöhen, kappt Maquet die Ausbildung“, kritisiert Roland Walter, Betriebsratsvorsitzender in Rastatt.

Nach massivem Druck aus der Belegschaft erklärte sich das Unternehmen nun bereit, 2014 wieder mindestens zehn Ausbildungsplätze mit Schwerpunkt Mechatronik anzubieten. Aber damit zufrieden ist der Betriebsrat keineswegs.

„Die Geschäftsleitung argumentiert damit, dass es keinen weiteren Bedarf für gewerblich-technische Ausbildungsplätze gebe. In diesem Jahr hat Maquet zwar die Zahl der Ausbildungsplätze für dual Studierende von bisher drei bis vier auf heute acht aufgestockt. Aber auch das reicht längst nicht aus, um für die Zukunft gut gerüstet zu sein“, sagt Christian Gress, ebenfalls Betriebsrat bei Maquet in Rastatt. „Hier kündigt

sich an, dass das Unternehmen die Stammbesetzung möglichst gering halten will, um sich Spielraum für mehr Flexibilität zu verschaffen. Vielleicht glaubt es auch, dass aufgrund der neuen Produktionskonzepte und damit möglichen Rationalisierungseffekte weniger Leute gebraucht werden. Aber mit diesem Rückschritt bringt es sich um sein Zukunftspotenzial.“

Der Betriebsrat will sich mit dieser Trendwende nicht abfinden und ist entschlossen, die Zahl der Ausbildungsplätze auch weiterhin auf hohem Niveau zu halten und besser noch auszuweiten.



Maquet-Betriebsratsvorsitzender Roland Walter: „Während andere Firmen ihre Ausbildungsanstrengungen erhöhen, kappt Maquet die Ausbildung.“

(Fortsetzung von Seite 3)

dass Lidl künftig einen Unternehmensmindestlohn von 11 Euro zahlen werde. Führungskräfte haben daraufhin unzufriedenen Kolleginnen und Kollegen geraten, sich anderweitig nach Arbeit umzusehen, wenn ihnen etwas nicht passe.

„Einige Beschäftigte bekommen bei Schnorrenberg tatsächlich deutlich weniger als bei Lidl“, sagt Betriebsratsmitglied Birgit Vater. „Bei uns werden zwar keine sittenwidrigen Niedriglöhne gezahlt, aber die Kolleginnen und Kollegen machen einen super Job – die haben mehr verdient! Wer zum Beispiel den ganzen Tag chirurgische Instrumente kennzeichnet, ist mit 11 Euro die Stunde beim besten Willen nicht überbezahlt.“ Das Thema Haustarif steht für die IG Metall-Mitglieder im Betriebsrat daher ganz oben auf der Tagesordnung. Trotz mäßiger Bezahlung haben viele Beschäftigte aber immer noch Vorbehalte

gegenüber einer Tarifbindung. „Wir müssen noch viel Aufklärungsarbeit im Betrieb leisten. Da sind noch sehr viele Mythen im Umlauf“, so der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Christian Bogdan. Aber seit einem Jahr steigt die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Es wurden auch schon Vertrauensleute gewählt. „Wir könnten wirklich oft mehr Unterstützung im Betrieb gebrauchen. Aber trotzdem nehmen wir den Auftrag unserer Kolleginnen und Kollegen aus der letzten Mitarbeiterbefragung sehr ernst“, sagt Losch. Danach soll sich der Betriebsrat intensiver für Arbeitnehmerinteressen einsetzen.



Engagieren sich für einen Haustarifvertrag bei Schnorrenberg: die Betriebsräte Andy Losch, Christian Bogdan und Birgit Vater (v.l.n.r.)